Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 2

Artikel: Russland und Europa
Autor: Schmidt, Franz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333807

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

kratische Staaten sich noch unterwerfen und die ließen sich kaum so umbringen wie die deutschen Bundesstaaten. Wir dürfen auch getrost anerkennen, daß die Kulturaufgaben von den Kantonen ebensogut oder noch besser gelöst werden können wie durch den Bund, wobei allerdings oft die finanzielle Hilfe des Bundes Voraussetzung ist. Es ist deshalb unrichtig, zu behaupten, eine Erneuerung sei unmmöglich, »wenn wir starrsinnig das Politische dem Wirtschaftlichen unterordnen«. Gerade durch die Gleichsetzung des Wirtschaftlichen mit dem Politischen wird auch der Föderalismus, soweit er berechtigt ist, seine Kraft erhalten. Oder soll etwa das Beispiel der Nichtanerkennung von Sowjetrußland durch die Schweiz, wo das Politische keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten nimmt, als Muster neuer Politik gelten? Oder die Anerkennung des äthiopischen Kaiserreichs gegenüber Italien?

Ebenso sophistisch scheint mir die Behauptung, daß die Schweiz zwischen »der Sicherheit und der Freiheit« eine Wahl treffen müsse. Beide schließen sich nicht aus. In einem Staat, wo sich jeder Volksgenosse ökonomisch sichergestellt fühlt, wird jeder mindestens so wachsam sein über seine persönlichen Rechte und Freiheiten wie in einem, wo er trotz Wagnis und Anstrengung immer nur die Not vor Augen hat.

Ganz gleich verhält es sich mit dem Ausspruch, »daß eine Neuschulung der Geister nötig sei, um sie richtig denken zu lehren, um Männer, um Mannschaften, um Eliten auszubilden« — sehr einverstanden — aber nun hängt Reynold noch ein Sätzlein an, das seinem antidemokratischen Goût entspricht: »und nicht nur um uns auf einem ‚hohen Durchschnitt' zu halten«. Wir finden, gerade dieser hohe Durchschnitt sei richtig, denn bei einem solchen werden die oberen Spitzen eher höher, die unteren Punkte aber weniger tief liegen. Und wenn ausländische Besucher sich über unser Volk aussprechen, so anerkennen sie meistens einen Durchschnittskulturstand, wie man ihn sonst nicht treffe. Was aber nicht sagen soll, daß wir damit zufrieden sein sollen, da wir alle wissen, wo es uns noch fehlt.

»Ein kleines Volk muß sein Dasein rechtfertigen, indem es der Welt eine Kulturform schenkt, ohne die die Gesamtkultur unvollständig wäre.«

Diese Kulturform muß in der geistigen Höhe des gesamten Volkes liegen, die gesunde Existenzbedingungen zur Voraussetzung hat. In diesem Sinn bleibt der Sozialdemokratie noch ein großes Feld zur Betätigung als einer Partei, deren historische Mission noch lange nicht vollendet ist.

Rußland und Europa

Von Franz Schmidt, St. Gallen.

Europa liegt zwischen zwei Weltmächten, zwischen England und Rußland. Beide reichen in den europäischen Kontinent hinein, und beide haben starke Beziehungen zum europäischen Kulturkreis. Beide Mächte aber sehen ihre großen Besitzungen, Reichtümer und Macht-

stellungen in andern Erdteilen, und ihre Politik richtet sich auf außereuropäische Interessen aus. Daraus folgt, daß das Denken und Fühlen ihrer Völker nichteuropäisch ist.

England ist das Weltreich mit der fortgeschritteneren Entwicklung. Es hat darum seine nichteuropäische Denkweise schon sehr lange in der englischen Außenpolitik sichtbaren Ausdruck erlangt. Europa interessiert den Engländer als ein Kontinent der Schlösser, Museen und Winterkurorte, darüber hinaus hat England gegenüber Europa nur *einen* Leitgedanken: Europa darf nicht stark sein, damit es nicht England und seiner Weltherrschaft gefährlich werden kann.

Dem entspricht der Grundsatz der »Gleichgewichtspolitik« (Balance of Power). »Wir haben keine ewigen Verbündeten. Wir haben keine dauernden Feinde. Ewig und dauerhaft sind unsere Interessen, denen nachzugehen unsere Pflicht ist.« Dies Wort Palmerston (1830 bis 1865 englischer Premier) gilt generell für die englische Außenpolitik, gilt im besondern für Englands Politik auf dem europäischen Kontinent. Die Schwäche und Zerrissenheit Europas ist nach englischer Auffassung sicherste Garantie für die englische Weltmachtstellung und die Beherrschung des Welthandels. Gelangt ein europäisches Land zu großem Einfluß, wird England eine ihm feindliche Macht unterstützen, um so das »Gleichgewicht« herzustellen. Suchen sich europäische Länder zu einigen, wird von England ein Keil zwischen sie getrieben. Ein europäischer Krieg ist England durchaus erwünscht, vorausgesetzt, daß es selbst möglich wenig Opfer zu bringen hat und beim Frieden mit dabei sein kann, denn der Krieg schwächt den Kontinent und gibt dem Empire Chancen der Machtentwicklung. — Die englische Europapolitik ist die Politik von Englands herrschender Klasse. Eine Politik, die bisher jeder englischen Regierung von der City vorgeschrieben wurde und die letztlich auch Macdonald befolgen mußte*.

*

In der Nachkriegszeit läßt sich die englische Gleichgewichtspolitik in Europa trefflich feststellen. Der Friede von 1918/19 brachte Frankreich als dem Siegerstaat eine Vormachtstellung in Europa. Es hatte seine ihm dankbar ergebenen Verbündeten in Osteuropa. Englands regierende Schicht hat darum gleich von Anbeginn an antifranzösische Kräfte gestützt. Und so kam es, daß das gleiche England, das sich noch an den Interventionskriegen gegen die Sowjetunion beteiligt hatte, im russisch-polnischen Krieg 1920 indirekt *Rußland* unterstützte, um Polen, den französischen Verbündeten, zu schwächen. Das änderte natürlich, sobald es sich zeigte, daß das kommunistische Rußland sich hielt und sich den englischen Petrolinteressenten nicht unterwarf. Englands herrschende Klasse hat seit dieser Zeit eine konsequent antirussische Politik betrieben: England nützte seinen Einfluß auf die baltischen Staaten aus, um bei ihnen eine antirussische Haltung zu erzwingen; es brach 1927 seine diplomatischen Beziehungen mit Rußland ab, als

---

* Man lese: Klaus Bühler, Englands Schatten über Europa, Editions Nouvelles Internationales, Paris 1938.

Rußland mit den Türken in freundschaftliche Beziehungen getreten war; es widersetzte sich allen russischen Versuchen, in der europäischen Politik Boden zu fassen; und seit dem Jahr 1924 hat die antirussische deutsche Nazibewegung von England klingende Hilfe erhalten.

Die Aufrüstung Deutschlands ist recht eigentlich Englands Werk. Hier zeigt sich deutlich die Absicht der englischen Imperialisten, dem aus dem Weltkrieg stark hervorgegangenen Frankreich das »Gleichgewicht« entgegenzustellen. Sie haben der nationalistischen Entwicklung Deutschlands nie etwas in den Weg gelegt und haben seit 1933 wirtschaftlich immer die besten Beziehungen mit Hitler-Deutschland aufrechterhalten, es mit Krediten und Rohstofflieferungen unterstützt, Es gab in der englischen Konservativen Partei einen ausgesprochenen hitlerfreundlichen Flügel, der seinen Einfluß in der City hatte. England hat darum die ganzen außenpolitischen Husarenritte der Hitlerregierung hingenommen, ohne sich gegen sie zur Wehr zu setzen, es hat schließlich die Tschechoslowakei zum Opfer gebracht und damit der ganzen Welt demonstriert, wie sehr ihm an der Erhaltung des Hitlerregimes gelegen sei.

Der »Friede von München« hat Frankreich vollends zum englischen Vasallenstaat gemacht. Seine osteuropäischen Sicherungen (das Bündnis mit der Kleinen Entente, der Beistandspakt mit der Sowjetunion, der Beistandspakt der Sowjetunion mit der verbündeten Tschechoslowakischen Republik) waren mit einem Schlage dahin. Dazu kam noch der Sieg des Faschismus in Spanien, an dem Englands herrschende Klasse auch nicht unschuldig war. Frankreich hat mit dem »Frieden von München« seine europäische Vormachtstellung verloren!

Englands Kapitalisten verfolgten aber mit ihrer Deutschlandpolitik nicht nur die Schwächung Frankreichs, ihre Pläne gingen weiter, sie richteten sich gegen Rußland. England sah darum gern, daß Polen in dem berüchtigten Herrn Beck einen Bewunderer Hitlers an der Spitze hatte. Ein Vorstoß Deutschlands über Danzig, Ostpreußen und die baltischen Staaten gegen die Sowjetunion, ein langer deutsch-russischer Krieg ... das waren so die Ziele der englischen Politik, nachdem Frankreichs Vormacht gebrochen war. Trotz dem Geschenk von München, dem 1939 noch das Geschenk des Goldschatzes der Tschechoslowakischen Republik folgte, war aber Hitlerdeutschland England auf die Dauer nicht gefügig. Deutschlands Angriff richtete sich 1939 mehr und mehr gegen Polen und gegen den Balkan. Und das war England gar nicht gelegen, denn es gibt in England Kreise, die der Meinung sind, an der rumänischen Grenze müsse der englischen Interessen wegen der Hitlerdynamik unbedingt eine Schranke errichtet sein. Hitler aber fragte immer weniger den englischen Wünschen nach, fast von heute auf morgen wurde die Polenhetze ins Werk gesetzt und damit England demonstriert, daß Deutschland seine eigenen Wege zur Macht gehe.

Das war der Zeitpunkt, in dem England die Verhandlungen um einen Beistandspakt mit Rußland aufnahm: Mitte April 1939. Es sollte Deutschland das Gegengewicht des bolschewistischen, antifaschistischen Rußland gegenübergestellt werden, damit es Hitler in Schach halte. Es

hat den englischen Konservativen Überwindung gekostet, nach Moskau zu reisen, doch haben sie mit den Russenverhandlungen auch die Zustimmung der Arbeiterpartei für die immer größer werdenden Ansprüche der Landesverteidigung und die Einführung der Dienstpflicht gewonnen. — Der Ausgang der Verhandlungen ist bekannt, Rußland hat sie bis Ende August hingezogen und über Nacht abgebrochen, dadurch, daß es einen Nichtangriffspakt mit Deutschland, gegen welches sich doch die Verhandlungen mit England und Frankreich gewendet hatten, verkündete. Mit diesem Pakt, der hinter den Kulissen vorbereitet wurde, währenddem vor aller Welt mit England und Frankreich verhandelt wurde, hat Rußland Hitler die Möglichkeit des Krieges gegen Polen gegeben, somit den europäischen Krieg ausgelöst und sich in ungeheuer starker Art in die europäischen Dinge eingeschaltet. Zum Verständnis dessen, was Stalin durch den Pakt mit Hitler und seine Teilnahme am Krieg gegen Polen getan hat, wird man folgendes nicht außer acht lassen dürfen.

1. Die Sowjetunion hat die Idee der »Weltrevolution« immer nur gegenüber den Komintern und den russischen Kommunisten als außenpolitische Maxime ausgegeben. Schon lange bevor sie diese Maxime fahren ließ, hat sie jedoch versucht, eine realpolitische Außenpolitik zu treiben und mit andern Ländern in Fühlung zu kommen. Mit *Frankreich* ist Rußland früh schon in Verhandlungen getreten. Wir erinnern an die Reise Herriots nach Moskau ... sie fand 1921 statt. Sie erregte in England Aufsehen und »Observer« und »Manchester Guardian« befürchteten gleich ein gegen die englische Politik gerichtetes französisch-russisches Abkommen. Leider ist es nicht zustande gekommen, und zweifellos hat England es vereitelt. So wie es alle französisch-russischen Annäherungen feindlich verfolgt, den von Barthou 1934 angestrebten Ostpakt torpediert und beim »Frieden von München« die letzten russisch-französischen Bindungen zerstört hat.

Mit *Deutschland* stand die Sowjetunion seit ihrem Bestehen in engeren Beziehungen als mit Frankreich. Es hat immer ein reger wirtschaftlicher Austausch zwischen den beiden Ländern bestanden, die russischen Militärs hatten ihre Beziehungen zu deutschen Armeekreisen, 1926 wurde ein russisch-deutscher Neutralitäts- und Freundschaftspakt abgeschlossen, und Hitler hat es 1933 nicht versäumt, ihn zu verlängern. Rußland hat es immer bedauert, durch Hitlers Antibolschewismus von Deutschland so getrennt zu sein und hat sich von Deutschland, auch von Hitler-Deutschland, immer (zum Beispiel 1935, 1936 und 1939) bereitwilligst um Handelsabkommen bitten lassen. 1936 war es, daß Molotow mit dem Vertreter des »Temps«, Chastenet, eine Unterredung hatte, in der er den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund befürwortete. Der Franzose fragte, ob Molotow auch *Hitler*-Deutschland im Völkerbund haben wollte, und Molotow antwortete: »Auch Hitler-Deutschland!«

Rußland hat wohl *gezwungenermaßen* bessere Beziehungen zu Deutschland gesucht, gerade weil es durch England daran gehindert wurde, durch Frankreich in die europäische Politik einzudringen. »Wir

aber wissen«, sagte Stalin in seinem Bericht an das Zentralexekutivkomitee der USSR. am 10. Januar 1936, »daß Deutschland, *von einigen ausländischen Mächten angespornt,* sich fieberhaft darauf vorbereitet, in der Ostsee eine Vormachtstellung einzunehmen und in besondere Beziehungen zu Polen getreten ist, das (für einen Angriff) genügend große gemeinsame Grenzen mit der Sowjetunion hat.«

In diesem Bericht kommt indirekt auch zum Ausdruck, was *immer* Stalins Meinung war und was Stalin in seinen außenpolitischen Reden am 17. Kongreß (zu Beginn des Jahres 1934) und am 18. Kongreß (März 1939) der Kommunistischen Partei Rußlands zum Ausdruck brachte: daß England mit Deutschland zusammenarbeiten solle. Man erinnere sich daran, daß Stalins Rede vom 10. März 1939 ja das erste starke Anzeichen für die Überraschungen vom August gewesen ist: Stalin richtete seine Angriffe gegen England und Frankreich, die »nichtaggressiven« Staaten, welche vor dem Faschismus zurückwichen und »die Deutschen nach Osten stoßen, wo sie ihnen eine leichte Beute versprechen«. Zwischen diesen beiden Parteikongressen liegen aber Jahre, in denen Stalins außenpolitische Ideen zurücktraten vor Litwinows Völkerbundspolitik.

2. Rußland hat Anstrengungen gemacht, dem Schicksal von 1939 zu entgehen, in seiner *Völkerbundspolitik.* Es ist 1934 dem Völkerbund beigetreten und hat versucht, die Lehren der kollektiven Sicherheit ernst zu nehmen. Die Reden Litwinows zur Remilitarisierung der Rheinlandzone, zur Eroberung von Abessinien, zum Krieg in Spanien usw. waren ein ununterbrochener Kampf um die Erhaltung und Aktionsfähigkeit des Völkerbundes. Litwinows Kampf aber war umsonst. Sein Gegenspieler war Englands herrschende Klasse. England hat in eben den Jahren, die durch Litwinows Tätigkeit in Genf gekennzeichnet sind, den Völkerbund Schlag um Schlag lahmgelegt: Österreich, Abessinien, Spanien, die Tschechoslowakei sind die Etappen von Englands Vernichtungsfeldzug gegen den Völkerbund, der — in Kraft — die Demokratie in Europa *ohne Krieg* hätte triumphieren lassen können!

Maxim Litwinow, offenbar der letzte große Politiker, den der russische Bolschewismus hervorgebracht hat, ist in Genf wiederholt auf die Frage der zweiseitigen Nichtangriffspakte, welche Hitler dem Völkerbund und der Idee der kollektiven Sicherheit entgegengestellt hat, zu sprechen gekommen; es sei hier seine Rede an der Sitzung des Völkerbundsrates in London, 17. März 1936, zitiert:

> »Er, Hitler, ist bereit, nicht nur mit Frankreich und Belgien, sondern auch mit seinen andern Nachbarn — allerdings ohne irgend jemandes Garantie — Nichtangriffsverträge zu schließen. Die Sowjetunion hat selbst mit allen ihren Nachbarn (mit Ausnahme Japans, das einen Vertrag bisher ablehnt) Nichtangriffsverträge abgeschlossen. Sie hat jedoch stets der Tatsache große Bedeutung beigemessen, daß diese Verträge Angriffe gegen dritte Länder nicht erleichtern. Wir nehmen daher immer in solche Verträge einen besondern Artikel auf, durch den die eine Seite von allen sich aus dem Pakt ergebenden Verpflichtungen enthoben wird, wenn die andere Seite einen Angriff gegen einen dritten Staat unternimmt. Ein solcher Punkt wird jedoch in den von Herrn Hitler vorgeschlagenen Ver-

trägen nach dem von ihm vorgelegten Muster fehlen. Ohne einen solchen Artikel läuft aber das vorgeschlagene Vertragssystem auf das von *Herrn Hitler propagierte Prinzip der Lokalisierung des Krieges* hinaus. Jeder Staat, der mit Deutschland einen derartigen Pakt unterzeichnet hat, wird durch ihn im Falle eines Angriffs Deutschlands auf einen dritten Staat zur Untätigkeit verurteilt.«

Und deutlicher noch Litwinows Rede an der Völkerbundsversammlung in Genf, 14. September 1935:

»... Die Theorie solcher Verträge wird noch von einer anderen begleitet — von der Theorie der Lokalisierung des Krieges. *Wer aber Lokalisierung des Krieges sagt, meint die Freiheit des Krieges, die Legalisierung des Krieges.* Ein zweiseitiger Pakt soll diesen Leuten die Sicherheit und Legalisierung des Angriffs gewährleisten. Wir haben somit zwei genau umrissene Konzeptionen vor uns — auf der einen Seite Sicherheit der Völker, auf der anderen Seite Sicherheit des Angriffs. Zum Glück wird letztere Theorie von allen zivilisierten Nationen abgelehnt und ist nur sehr wenigen Regierungen gemein, die sie denn auch als zukünftige Friedensstörer kennzeichnet.«

Gerade das, was Litwinow in Genf bekämpft hatte, haben Stalin und Molotow mit größter Bedenkenlosigkeit ausgeführt: sie haben durch den unbedingten Nichtangriffspakt mit Deutschland Hitler die Freiheit und die Legalität seines Angriffs auf Polen gegeben.

*

Auch wenn man die Schuld des deutschen Kapitalismus an dem Weltkrieg 1939 klar sieht, und wenn man — was heute noch viel zu wenig der Fall ist — erkennt, daß die Politik von Englands herrschender Klasse Rußlands Völkerbundspolitik gegenstandslos gemacht und Rußland in seine neue Außenpolitik *hineingedrängt* hat, so wird man Stalins Bündnis mit Hitler doch nicht rechtfertigen können. Besonders wir Sozialisten sind der Meinung, Sowjetrußland dürfe gegenüber Europa nicht die imperialistische Politik eines außereuropäischen Weltreichs verfolgen, wie das England tut. Wir haben den Pakt darum als ein Verbrechen gegenüber dem Sozialismus gegeißelt, haben ihn — weil er den Krieg auslöste — als ein Verbrechen gegenüber Europas Arbeiterschaft gekennzeichnet. Wir hatten erwartet, daß die Sowjetunion später, unter bessern Voraussetzungen, die Politik einer internationalen Rechtsordnung, welche Litwinow in Genf mit so großer Lauterkeit vertreten hat, fortsetzen werde, damit Europa eines Tages würde aufatmen und an die Schaffung sozialistischer Demokratien herangehen können.

Statt dessen ist Stalin unter die Räuber gegangen. Mit diabolischer Klugheit hat er Hitler-Deutschland einen blutigen Krieg gegen Polen führen lassen, um am Ende den größten Teil der Beute für Rußland einzuheimsen. Wahrhaftig: die Russen haben von den Engländern gelernt! Mit den Bolschewiki, welche einen Litwinow abgesetzt haben, ist jener ordinäre, räuberische, Recht und Gesetz vernichtende Imperialismus durchgegangen, den aus der Weltpolitik zu vertreiben, wir Sozialisten uns als Ziel gesetzt haben.

Niemand in Rußland kann in Offenheit gegen dies Verbrechen Stalins (von dem unbedeutenden Molotow sei nicht gesprochen) etwas

tun. Die Agitatoren des Regimes müssen die Tat des »weisen Stalin« als »eine Gasse für die Weltrevolution« anpreisen, währenddem in Wirklichkeit Stalin mit seinem Hitlerbündnis nicht nur die Komintern auf viele Jahre hinaus zerschlagen, sondern auch Rußland sehr viel moralischen Kredit, den es in Europa besaß, geraubt hat. Sagen wir es offen: wenn wir auch nie Kommunisten waren, wir wehrten uns doch gegen die Angriffe auf die Sowjetunion und hofften letztlich, daß Lenins »Bauern- und Arbeiterpolitik« sich als Friedensmacht bewähren werde. Stalin hat *jede* sozialistische Hoffnung auf Sowjetrußland zerstört.

Hätte in Rußland das Volk irgendwelche Möglichkeiten der Kontrolle der Staatsführung, hätte dies Bündnis mit Hitler nicht zustande kommen können. Solch erschütternde Verbrechen kann nur ein Diktaturstaat begehen. Wir erkennen einmal mehr, daß Gewalt, Terror und Diktatur mit Sozialismus nichts zu tun haben. Diese Erkenntnis soll uns führen, wenn unsere Stunde kommen wird. Doch soll sie uns nicht weich machen im Kampf um den Sozialismus: *ein geeintes Europa sozialistischer Demokratien, das ist unser Ziel!* Und wir wissen, daß Europa, soll es nicht endgültig in Mord, Krieg und Sklaverei zugrunde gehen, die Demokratie und den Sozialismus zusammenführen *muß!*

Das Kraftfeld des Krieges

Ein Versuch zu einer Klarlegung.

Von Ernst Reinhard.

Der deutsch-russische Nichtangriffspakt, der Einmarsch der Russen in das zusammengebrochene Polen, die Tatsache dieses raschen Zusammenbruchs und des deutschen Sieges im Osten, die immer noch ausstehende Offensive der Franzosen und Engländer im Westen, die italienische Neutralität boten dem schweizerischen Arbeiter eine Reihe von Überraschungen und ließen große Verwirrung zurück. Diese Verwirrung wird in einem Sektor der schweizerischen Arbeiterbewegung, in Genf, systematisch gesteigert und für Zwecke mißbraucht, die weder mit sozialistischer noch mit schweizerischer Politik das mindeste zu tun haben. Sie kann in ihrer Auswirkung, wenn sie nicht die Wirkungen einer unentschlossenen Innenpolitik dazugesellen sollten, für die Schlagkraft der Arbeiterbewegung gefährlich werden. Das folgende ist daher ein Versuch zur Klärung, nicht mehr. Es ist angesichts der sich überschneidenden und in ihrer Potenz schwer restlos abzuschätzenden Kräfte auch keine Prophetie.

I. Grundsätzliches.

Es gibt heute keinen ideologischen Feldzug des Antifaschismus gegen den Faschismus, des Antibolschewismus gegen den Bolschewismus. Die einst von Rußland ausgegebenen und durch die Komintern verbreiteten Parolen, daß ein Kreuzzug des Faschismus gegen den Bolschewismus und gegen Rußland, das Vaterland der Arbeiter, be-